

## Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

**Sitzungstermin:** Dienstag, 28.01.2025  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:34 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Kruse, Doris

#### **SPD-Fraktion**

Götze, Horst  
Kruse, Detlef  
Rehling, Gertrud

für Swantje Rosema

#### **CDU-Fraktion**

Hegewald, Reinhard  
Verlee, Gerold

für Andrea Risius  
für Albert Ohling (17:05 Uhr bis 18:27 Uhr)

#### **Gruppe GRÜNE feat. Urmel**

Göring, André  
Ouedraogo, Abdou

#### **FDP-Fraktion**

von Gliszczynski, Alexander

(bis 18:27 Uhr)

#### **GfE-Fraktion**

Martens, Michael

#### **BSW-Fraktion**

Luitjens, Stefan

#### **Beratende Mitglieder**

Albrecht, Evgeniya  
Engelberts, Michael  
Fielers, Stephan  
Fietz, Henning  
Kamer, Stefan

#### **Verwaltungsvorstand**

Grendel, Volker

#### **von der Verwaltung**

Snakker, Kerstin  
Lisson, Carsten  
Schabler, Martin  
Hilbers, Sabine  
Obes, Dirk, Dr.  
Strauch, Constantin

## Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025

Schüning, Helga  
Imamovic, Edvija  
Olk, Imke

**Protokollführung**  
Klaaßen, Celina

### Öffentlicher Teil

TOP 1           Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Kruse** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2           Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3           Genehmigung des Protokolls Nr. 20 des Ausschusses Gesundheit, Soziales und Integration am 11.09.2024

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 20 des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 11.09.2024 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4           Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

TOP 5           Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber  
Vorlage: 18/1500

## Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025

**Herr Strauch** stellt die Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Emden anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Abschließend erläutert er, die Bezahlkarte sei mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand verbunden. Wichtig sei, dass keine Überweisungen auf das eigene Konto oder an Familienmitglieder möglich seien, da dies dem Zweck der Karte widersprechen würde. Die Prüfung erfolge stets im Sinne der Zielsetzung der Karte. Insgesamt sei man optimistisch, dass die Einführung in den kommenden Wochen gelingen werde, auch wenn es an einigen Stellen Herausforderungen und Informationsbedarf bei den Leistungsberechtigten geben werde. Dies solle bereits bei der Kartenausgabe durch Gespräche und Informationsmaterial geklärt werden.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Verlee** teilt mit, die CDU-Fraktion halte den Zeitpunkt der Einführung dieser Karte für zu spät und hoffe, dass sich ab März in der Politik grundlegend etwas ändere. Zudem fragt er, ob Ukrainer mit einem besonderen Status hier nicht mit eingeschlossen seien und ob die IBAN-Freischaltung für alle 140 Personen gelte oder individuell vorgenommen werde.

**Herr Strauch** bestätigt, die Freischaltung gelte für alle 140 Personen und erklärt, dass Ukrainer, die bereits SGB II-Leistungen beziehen würden, nicht betroffen seien.

**Herr Grendel** hebt hervor, an dieser Stelle müsse man eine klare Abgrenzung vornehmen. Personen aus der Ukraine seien nur dann betroffen, wenn sie unter das Asylbewerberleistungsgesetz fielen. Ukrainer, die SGB II-Leistungen erhielten, seien nicht eingeschlossen.

**Frau Rehling** bedankt sich für die Präsentation und bemerkt, die Einführung sei mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden. Sie bittet um einen Bericht über die praktischen Erfahrungen nach einem halben Jahr.

**Herr Ouedraogo** bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und merkt an, der Prozess werde nicht einfach. Positiv sei jedoch, dass die Umsetzung kommunal erfolge und die Regelungen differenziert seien. Er warnt vor einer Stigmatisierung der betroffenen Menschen und spricht sich für eine gemeinsame Lösung des Problems aus.

**Herr Hegewald** möchte wissen, ob alle Kommunen in Niedersachsen die Karte gleichzeitig einführen oder ob es Unterschiede im Zeitplan gebe. Zudem fragt er nach der Anzahl der betroffenen „Aufstocker“ und ob die monatlichen 50 € in bar oder per Überweisung ausgezahlt würden.

**Herr Strauch** antwortet, die Kommunen in Niedersachsen könnten die Karte ab Samstag abrufen, weshalb die Einführung ab Montag erfolgen werde. Eine frühere Einführung sei mit der bundeseinheitlichen Karte nicht möglich. Die Zahl der „Aufstocker“ könne er so nicht nennen und würde sie nachreichen. Weiter erläutert er, die gesamte Leistung werde auf die Bezahlkarte überwiesen und 50 € könnten im Geschäft oder am Geldautomaten abgehoben werden.

### Anmerkung der Protokollführung:

*Es erhalten 6 §3-AsylbLG-Leistungsberechtigte keine Bezahlkarte aufgrund der Aufstocker-Regelung (schriftliche Mitteilung von Frau Snakker v. 18.03.2025).*

**Herr Hegewald** merkt an, der betroffene Personenkreis würde dann eigentlich kein Bankkonto mehr benötigen, was möglicherweise Kosten einsparen könnte.

## Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025

**Herr Strauch** bestätigt dies und erklärt, durch die geplante Einführung von Überweisungs- und Lastschriftfunktionen ab dem 15.02.2025 sei ein separates Bankkonto nicht mehr zwingend erforderlich.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 6 Bericht zum "Schwimmen lernen in Emden"  
Vorlage: 18/1504

**Herr Schabler, Frau Schüning** und **Frau Olk** stellen den Bericht zum Schwimmen lernen in Emden anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Rehling** lobt das Engagement des vergangenen Jahres, insbesondere dafür, dass viele Kinder Schwimmen gelernt hätten. Sie fragt, ob die vorgestellten Maßnahmen mit den Kitas und Schulen abgestimmt seien. Zudem möchte sie wissen, ob es Zahlen zur finanziellen Benachteiligung von Kindern im Zusammenhang mit Teilhabe gebe, da dies in der Präsentation nicht thematisiert worden sei.

**Frau Olk** erklärt, man sei mit den Kita-Leitungen im Austausch gewesen und habe dort auch einen Fragebogen angekündigt. Im ersten Schritt seien die bisherigen Ergebnisse ausgewertet worden, im zweiten Schritt solle nun mit den Kitas besprochen werden, welche Maßnahmen für sie umsetzbar seien.

**Herr Schabler** berichtet, die Rückmeldungen zur sozialen Problematik würden vor allem aus einer umfassenden Schulbefragung stammen. Mehrere Schulen hätten festgestellt, dass sich die Schwimmfähigkeiten der Kinder zunehmend aufteilten. Während einige leistungsstarke Schwimmer seien, gebe es eine wachsende Gruppe von Kindern, die keinerlei Wassergewöhnung hätten. Besonders zugewanderte Kinder hätten häufig keinen Bezug zum Wasser. Zwar könne er keine exakten Zahlen nennen, aber die Tendenz sei eindeutig. Es gehe dabei nicht um Kinder ohne Zugang zu Schwimmkursen, sondern um Kinder aus Familien, in denen Schwimmen grundsätzlich keine Rolle spiele.

**Herr Verlee** betont, er selbst habe kleine Kinder und er halte das Schwimmangebot der Stadt für hervorragend. Er sehe kein Defizit seitens der Stadt, sondern vielmehr bei den Eltern. Viele würden ihren Kindern eher Surfen als Schwimmen beibringen, oft einhergehend mit weiteren Problemen wie schlechter Ernährung. Seiner Ansicht nach liege das Problem in der mangelnden Erziehungspflicht der Eltern, weshalb es seiner Ansicht nach wichtig sei, diese gezielt zu erreichen.

**Herr Ouedraogo** hebt hervor, trotz bestehender Herausforderungen seien bereits Fortschritte erzielt worden. Er halte das Netzwerk und den thematischen Schwerpunkt für wichtig, sehe aber das Problem, dass viele Familien nicht erreicht würden. Es sei deutlich geworden, dass einige Kinder aufgrund ihrer Herkunft keine Berührungspunkte mit Wasser hätten. Daher fragt er, ob Familien bereits geäußert hätten, warum sie das Angebot nicht nutzten oder ob dazu gezielt Befragungen stattgefunden hätten.

## **Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025**

**Herr Schabler** erklärt, man müsse dazu auf eine Ebene gelangen, auf der ein direkter Austausch mit den Eltern möglich sei. Um spezifische Gruppen gezielt anzusprechen, sei eine tiefere Analyse notwendig. Eine direkte Befragung der Eltern habe bisher nicht stattgefunden und diese könne höchstens in einer engeren Zusammenarbeit mit zwei bis drei Kitas und einer Grundschule erfolgen, wenn man in Borssum einsteigen würde.

**Herr Grendel** fasst die Diskussion zusammen und unterstreicht, es gehe nicht darum, große Defizite aufzuholen, sondern die bereits bestehende gute Infrastruktur weiterzuentwickeln. Die Untersuchung habe gezeigt, dass Kitas und Schulen bereits wertvolle Arbeit leisteten. Gleichzeitig müsse man Familien, die keinen Zugang zu Wassererfahrung hätten, gezielt ansprechen und auf die Relevanz von Schwimmfähigkeit hinweisen, da Wasser in der Region eine potenzielle Gefahr darstelle. Dies sei unabhängig von sozialem Status oder Berufstätigkeit der Eltern eine gemeinsame Aufgabe. Ziel sei es, die Wassergewöhnung zu verbessern und die Kontinuität des Schwimmunterrichts zu sichern. Insgesamt könne man mit dem aktuellen Stand zufrieden sein, müsse aber weiter in den Erhalt und Ausbau investieren.

**Herr Kruse** lobt das vorgestellte Angebot und betont, vielen sei nicht bewusst gewesen, wie gut die Stadt Emden in diesem Bereich aufgestellt sei. Er sehe die Verantwortung für die mangelnde Schwimmfähigkeit jedoch nicht allein bei den Eltern. Vielmehr stellt er fest, dass viele Kinder selbst eine gewisse Lethargie zeigten und Schwimmen für sie nicht mehr im Vordergrund stehe. Er schlägt vor, bereits in Kitas und Grundschulen das Bewusstsein für das Element Wasser zu fördern, um den Lernprozess zu erleichtern. Zudem erkundigt er sich nach der Zahl der Kinder, die hinter der genannten Quote von 82 % stehe.

**Frau Olk** teilt mit, diese Zahl beziehe sich auf die teilnehmenden Kinder, sie könne jedoch keine genaue Gesamtzahl nennen. Diese könne nachgereicht werden.

**Herr Göring** bedankt sich für den Vortrag und begrüßt die Entscheidung, das Freibad Borssum zu erhalten, da dies eine wichtige Infrastruktur für Schwimmkurse biete. Er weist darauf hin, dass die Gefahr durch die Emdener Kanäle allgemein bekannt sei, aber glücklicherweise nur wenige Unfälle passierten. Insgesamt sehe er eine gute Arbeit in diesem Bereich und die Analyse sei hilfreich, um gezielt auf Schwimmdefizite einzugehen. Dass die Schuld allein bei den Eltern liege, sei seiner Ansicht nach eine zu pauschale Sichtweise, da es auch kulturelle Gründe geben könne, warum Kinder nicht schwimmen lernten. Die Präsentation habe diesen Aspekt gut herausgearbeitet.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 7            Verselbstständigung von Flüchtlingen durch Hilfs- und Beratungsangebote  
Vorlage: 18/1506

**Frau Imamovic** erinnert daran, dass das Hilfs- und Beratungszentrum für Geflüchtete bereits in den vergangenen Jahren vorgestellt worden sei und erläutert die Entwicklungen und Herausforderungen. Nach Beginn des Ukraine-Krieges sei klar gewesen, dass auch Emden viele Geflüchtete erreichen würden. Daher sei nicht nur die Schaffung zusätzlicher Unterkünfte notwendig gewesen, sondern auch eine Optimierung des Beratungsangebots.

Zu diesem Zweck sei in der Volkshochschule das Welcome Center für Geflüchtete eingerichtet worden, das Schulberatung, medizinische Angebote und Kinderbetreuung umfasst habe. Ursprünglich sei sogar erwogen worden, eine zentrale Unterrichtsversorgung für die

## Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025

Deutschförderung einzurichten, was jedoch dank der Flexibilität der Emdener Schulen nicht erforderlich gewesen sei.

Im September 2022 sei das Angebot in die Nordseehalle verlagert worden, da dort das Ankunftszentrum eingerichtet worden sei. Ziel sei es gewesen, möglichst viele Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedarfen an einem zentralen Ort zu unterstützen. Nach der Schließung der Nordseehalle sei festgestellt worden, dass weiterhin erhebliche Unterstützungsbedarfe bestanden hätten – von Anträgen beim Jobcenter über gesundheitliche Versorgung bis hin zur Kommunikation mit Behörden.

Das Angebot sei daraufhin über zwei Jahre im Mehrgenerationenhaus Kulturbunker weitergeführt worden, um Menschen nachhaltig zu unterstützen. Dabei sei bewusst gewesen, dass die vorhandenen Ressourcen begrenzt seien und ein hoher Bedarf an Dolmetschern bestehe. Dennoch sei es gelungen, mit verschiedenen Partnern, wie der AWO und der Ev.-luth. Kirche, eine effektive Struktur zu schaffen. Zwischen September 2022 und Dezember 2024 seien insgesamt 6.830 Beratungen durchgeführt worden, obwohl das Angebot nur zwischen 15 und 18 Stunden pro Woche verfügbar gewesen sei.

Mittlerweile sei die Phase der ersten Integration abgeschlossen. Nun gehe es darum, die Menschen weiter zu fördern, ihre Selbstständigkeit zu stärken und sie stärker in bestehende Angebote vor Ort einzubinden. Daher sei das zentrale Angebot Ende Dezember 2024 eingestellt worden. Stattdessen würden Geflüchtete nun gezielt an Beratungsstellen in den Stadtteilen weitervermittelt.

Die Ressourcen würden weiterhin erhalten bleiben, allerdings solle die Unterstützung nachhaltiger gestaltet werden, sodass die Menschen lernten, auch ohne ständige Begleitung eigenständig agieren zu können. Zudem sei es wichtig, dass auch andere Institutionen – etwa im medizinischen oder sozialen Bereich – sich darauf einstellten, Menschen mit Sprachbarrieren zu beraten und zu betreuen. Ein weiterer Fokus liege darauf, Begegnungsorte zu stärken und den Austausch zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu fördern.

**Frau Kruse** bedankt sich für die ausführliche Darstellung und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Kruse** bedankt sich für die Vorstellung und hebt hervor, man könne stolz darauf sein, eine solche Unterstützung angeboten zu haben. Er zeigt Verständnis für die Umstrukturierung, stellt aber die Frage, was mit denjenigen geschehe, die sich nun ohne das zentrale Angebot verloren fühlten und möglicherweise keine Hilfe mehr suchten.

**Frau Imamovic** erklärt, Hilfesuchende würden weiterhin Unterstützung finden, da die Informationen über alternative Anlaufstellen breit gestreut worden seien. Menschen mit Fragen oder Problemen würden sich auch weiterhin an die richtigen Stellen wenden. Zudem sei es wichtig, dass sie lernten, selbstständig zu handeln und nicht bei jeder Kleinigkeit Unterstützung zu erwarten. Die Philosophie des Programms sei "Hilfe zur Selbsthilfe". Sie betont, erfolgreiche Integrationsarbeit bestehe darin, Menschen so zu begleiten, dass sie irgendwann keine Hilfe mehr benötigten.

**Herr Ouedraogo** äußert sich positiv zur geleisteten Arbeit und hebt hervor, es sei wichtig, Geflüchtete an die Hand zu nehmen, ihnen aber auch irgendwann die Möglichkeit zu geben, selbstständig ihren Weg zu gehen. Er lobt die Verwaltung für ihre Bemühungen und hofft, dass die Geflüchteten ihren Platz in der Gesellschaft fänden.

**Herr Götze** weist darauf hin, dass die Stimmung in Deutschland gegenüber Geflüchteten zunehmend feindlicher werde. Er stellt fest, Menschen würden nicht aus freien Stücken, sondern

## Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 28.01.2025

aus Not nach Deutschland kommen, und es sei entscheidend, sie weiterhin aufzunehmen und zu integrieren. Er äußert jedoch auch Bedenken, ob der bisherige Weg langfristig fortgesetzt werden könne, und appelliert an alle, sich für den Zusammenhalt einzusetzen.

**Herr Hegewald** äußert Verständnis für die Bedenken von Herrn Götze, betont jedoch, es gebe nur wenige Länder, in denen staatliche Unterstützung für Hilfsbedürftige so umfassend sei wie in Deutschland.

**Herr Grendel** bedankt sich für die erneute Erläuterung der Entwicklung und unterstreicht, dass die nun eingestellte Dienstleistung keineswegs überflüssig gewesen sei. Vielmehr habe sie in der Anfangsphase durch eine Bündelung von Beratungsangeboten entscheidend geholfen, Fehlinformationen und Missverständnisse zu vermeiden. Die Umstrukturierung sei ein natürlicher Prozess gewesen – von der Erstaufnahme über die Nachbetreuung bis hin zur Übergabe an bestehende Regelstrukturen. Seiner Ansicht nach sei der Zeitpunkt der Umstellung richtig. Außerdem sehe er darin ein Modell für zukünftige Flüchtlingsbewegungen. Des Weiteren kritisiert er, dass die Berichterstattung über die Entscheidung zu massiven negativen Reaktionen in sozialen Medien geführt habe. Er bedauert die dortigen Beschimpfungen und lobt diejenigen, die sich in den Diskussionen dagegen positioniert hätten. Abschließend regt er an, künftige Vorlagen so zu gestalten, dass sie den Gesamtprozess transparenter darstellen, um Missverständnisse zu vermeiden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 9 Anfragen

**Herr Göring** spricht sich dafür aus, die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) erneut im Ausschuss vorzustellen. Obwohl die Stadt Emden Mitglied sei, sei das Angebot vielen nicht bekannt. Er schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen eine Vorstellung des Vereins einzuplanen.

**Frau Snakker** unterstützt diesen Vorschlag und merkt an, dass sich seit 2018 strukturelle Veränderungen innerhalb der EUTB und des dahinterstehenden Vereins ergeben hätten. Sie sagt zu, mit den zuständigen Vorstandsmitgliedern zu sprechen und eine Vorstellung für eine der nächsten Sitzungen zu planen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.